

Übersichten

Außenpolitik

* (1) China in einer multipolaren Welt

Ding Xinghao, ein Mitglied des Instituts für Internationale Studien in Shanghai, bezeichnet die Reformen in den sozialistischen Ländern und die wirtschaftliche Neuordnung in den kapitalistischen Ländern als die beiden wichtigsten Trends in der gegenwärtigen Welt (BRu 1989, Nr.14, S.9).

Militärisch sei die Welt immer noch bipolar ausgerichtet, wobei die USA und die Sowjetunion das Richtmaß abgäben. Wirtschaftlich habe die Welt dagegen bereits tripolaren Charakter angenommen (USA, Japan, EG), und politisch sei sie sogar multipolar geworden.

Die beiden Supermächte müßten sich mit der Einschränkung ihrer Macht abfinden. Zwar besäßen sie nach wie vor 97% aller Atomwaffen; wirtschaftlich gesehen jedoch hätten die USA ihre Führungsrolle inzwischen an die EG abgeben müssen, deren BSP das amerikanische überstiegen habe. Auch Japans wirtschaftliche Stärke bereite den Amerikanern zunehmendes Kopfzerbrechen. Nicht wenige US-Politiker betrachteten die wirtschaftliche Konkurrenz Japans für die Sicherheit ihres Landes bedrohlicher als die militärische Konkurrenz ihres alten Gegners, der Sowjetunion. Hinzu kämen noch die Schwellenländer, die das Gewicht Ostasiens rapide vergrößerten.

Die politische Multipolarisierung habe bereits in den siebziger Jahren begonnen und sei zuerst vom ehemaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger in außenpolitische Überlegungen einbezogen worden. Der Hauptgrund für die Multipolarisierung besteht darin, daß die neuentstandenen Länder stärker werden, während die traditionellen Großmächte an Einfluß verlieren. In der multipolaren Welt bekämen auch kleinere Länder ihre Chance und könnten an außenpolitischer Initiative zurückgewinnen.

Welche Stellung solle China in dieser sich wandelnden Welt beziehen? Auf alle Fälle müsse es Prioritäten setzen: Welchem Bereich freilich soll es das größere Gewicht beimessen: der Sicherheit, der Wirtschaftsentwicklung oder der Ideologie?

Die Ideologie, die lange Zeit in der chinesischen Außenpolitik eine so dominante Rolle gespielt und die China zu einer Linken Strategie veranlaßt hatte, hat inzwischen so sehr an Bedeutung verloren, daß sie nun gegenüber der nationalen Sicherheit und der wirtschaftlichen Entwicklung als durchaus sekundär betrachtet wird. Auf keinen Fall sollten, wie es heißt, unterschiedliche Gesellschaftssysteme und Ideologien Grenzen zwischen den Nationen herstellen. Das Verhältnis zwischen den Parteien (KP/KP) solle in Zukunft klar von Staat/Staat-Beziehungen abgetrennt werden.

Friede und Entwicklung erhalten damit eindeutige Priorität in den außenpolitischen Zielvorstellungen der Volksrepublik. Auch in den Dreiecksbeziehungen zwischen der Sowjetunion, den USA und China wolle man nicht mehr der Ideologie die Führung einräumen. -we-

* (2) Ministerpräsident Li Peng zur gegenwärtigen Außenpolitik

Der Regierungsbericht, den Li Peng am 20. März 1989 auf der 2. Tagung des VII. NVK erstattete, widmete sich zu einem Sechstel der Außenpolitik. Bei ähnlichen Anlässen war dieser Bereich in den vorangegangenen Jahren weit weniger üppig ausgefallen.

An erster Stelle steht die Hongkong-, Macau- und Taiwan-Frage, also ein Problembereich, der etwa auf der Mitte zwischen Innen- und Außenpolitik angesiedelt ist.

I.J. 1988 habe die chinesische Regierung bei der Umsetzung der Chinesisch-Britischen Gemeinsamen Erklärung

über die Hongkong-Frage und der Chinesisch-Portugiesischen Gemeinsamen Erklärung über die Macau-Frage reibungslos mit den jeweiligen Regierungen zusammengearbeitet. Das "Grundgesetz für das Sonderverwaltungsgebiet Hongkong der VR China (Entwurf)" sei mehrmals abgeändert und dann schließlich vom Ständigen Ausschuß des NVK überprüft und veröffentlicht worden. Allerdings sei noch eine Reihe von Punkten diskussionsbedürftig. Die chinesische Regierung hofft, das Gesetz bei der 3. Tagung des VII. NVK fertig zu haben.

An einem Entwurf zum Grundgesetz für das Sonderverwaltungsgebiet Macau werde seit 1988 zügig gearbeitet. Voraussichtlich kann das Grundgesetz dann 1993 fertiggestellt werden.

Auch die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße hätten sich 1988 merklich verbessert. Von Tag zu Tag nehme der wirtschaftliche, kulturelle und persönliche Austausch zwischen beiden Teilen zu und beseitige so die "abnorme jahrzehntelange Konfrontation und gegenseitige Isolation". Sogar die "Taiwan-Behörden" hätten Entspannungsmaßnahmen getroffen, verfolgten im übrigen aber nach wie vor ihre "Drei Nein"-Politik (keine Kompromisse, keine Gespräche und keine Kontakte). Außerdem hätten sie ihre Propagandakampagne für eine "elastische Diplomatie" intensiviert und versuchten nun, China in "zwei Chinas" oder "ein China und ein Taiwan" zu teilen. Dies jedoch widerspreche den grundlegenden Interessen und Wünschen der Landsleute zu beiden Seiten der Taiwan-Straße. Die VR China trete für eine "friedliche Wiedervereinigung" sowie für "ein Land, zwei Systeme" ein und bekämpfe jegliche Bestrebung zur Unabhängigkeit Taiwans. Beijing hoffe auf einen möglichst intensiven Post-, Verkehrs- und Handelskontakt sowie auf eine Intensivierung der kommerziellen, kulturellen, sportlichen, wissenschaftlich-technischen und akademischen Beziehungen und heiße Investitionen aus Taiwan willkommen.

Sodann wandte sich Li Peng der eigentlichen Außenpolitik zu. In den vergangenen Jahren zeige sich ein weltweiter Wandel von der Konfrontation zum Dialog und von der Spannung zur Entspannung. Die Aussichten für einen längeren Weltfrieden seien besser geworden. China verfolge konsequent eine Außenpolitik der Unabhängigkeit, der Selbständigkeit und des

Friedens, unterstütze die gerechten Anliegen der Völker, wende sich gegen den Hegemonismus, setze sich für die Erhaltung des Weltfriedens ein und fördere die gemeinsame Entwicklung. Es brauche eine friedliche internationale Umgebung, um seine eigene Modernisierung effizient betreiben zu können.

Die Beziehungen zu den USA hätten sich in den zehn Jahren seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen (1979) auf allen Ebenen verbessert. Washington möge weiterhin an den drei chinesisch-amerikanischen Gemeinsamen Kommuniqués festhalten und sich vor allem davor hüten, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen (gemeint ist hier offensichtlich vor allem die Taiwan- und die Tibet-Frage).

Mit der Sowjetunion hätten sich die Beziehungen inzwischen weitgehend normalisiert, nachdem die "drei großen Hindernisse" im Verschwinden begriffen seien. Ein chinesisch-sowjetisches Gipfeltreffen finde in Kürze statt. China hoffe, daß sich die bilateralen Beziehungen auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Existenz weiterentwickeln können.

Auch in der asiatischen Umwelt gebe es nur noch wenig Probleme: Mit der Koreanischen Demokratischen VR bestehe eine traditionelle Freundschaft, und sogar mit Südkorea wachse der inoffizielle Wirtschafts- und Handelsaustausch, wengleich offizielle Beziehungen nicht in Frage kämen. Der Islamischen Republik Pakistan ist China nach wie vor in Freundschaft verbunden, und sogar mit Indien bahnten sich hoffnungsvolle Beziehungen an, nachdem inzwischen auch die Grenzfragen nicht mehr tabuisiert seien. Mit Thailand wisse China sich in allen außenpolitischen Fragen einig, und sogar die lange Zeit gespannten Beziehungen zu Indonesien begännen sich langsam zu normalisieren. Auch die Beziehungen zu Laos hätten sich inzwischen verbessert, und mit der Mongolischen Volksrepublik wurde ein Vertrag über Grenzregelungen und zur Handhabung von kritischen Grenzproblemen unterzeichnet. Das Verhältnis zu Japan sei "insgesamt gesehen gut", vor allem was den Wirtschafts- und Handelsaustausch anbelangt. Allerdings bestünden noch "einige Probleme, die Beachtung verdienen: Die japanischen Militaristen haben in der Vergangenheit einen Aggressionskrieg entfesselt, der dem chinesischen Volk und den anderen

Völkern Asiens großes Unheil zugefügt hat. Am Charakter dieses Krieges darf nicht gerüttelt werden. Nur wenn man eine richtige Haltung zur Geschichte einnimmt, kann man noch besser für die Zukunft arbeiten." Im übrigen solle weiterhin an der chinesisch-japanischen Freundschaft gearbeitet werden.

Der Schlüssel für eine Lösung der Kambodscha-Frage liege im tatsächlichen und vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen aus diesem Land. Vietnam möge sein Versprechen, bis September 1989 all seine Truppen aus Kambodscha zurückziehen, in der Praxis halten. Der Abzug solle unter internationaler Überwachung stattfinden. China unterstütze die Bildung einer Provisorischen Koalitionsregierung aus vier Parteien unter Führung Sihanouks. Die Beziehungen zwischen China und Vietnam könnten sich erst dann normalisieren, wenn die Kambodscha-Frage gelöst sei. (Die von Hanoi und Phnom Penh immer wieder hervorgehobene Sorge vor einer Wiedererrichtung der Pol Pot-Regierung wird in der Li Peng-Erklärung erneut nicht zur Kenntnis genommen!)

Was Afghanistan anbelangt, so hofft die chinesische Regierung, daß die dortigen politischen Kräfte durch Konsultationen möglichst rasch eine Koalitionsregierung bilden, die sich auf eine breite Basis stützen und es nicht zuletzt auch den Flüchtlingen ermöglichen soll, in ihre Heimat zurückzukehren. Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit, Neutralität und Blockfreiheit Afghanistans werde zum Frieden und zur Entwicklung im südasiatischen Raum beitragen.

Gemeinsam mit den osteuropäischen Ländern suche China nach Mitteln und Wegen, einen Sozialismus aufzubauen, der ihren Bedingungen entspricht. China wolle sein Verhältnis zu diesen Staaten nach den Fünf Koexistenz-Prinzipien weiterentwickeln.

Friedliche Koexistenz auch mit den westeuropäischen Ländern sowie mit Kanada, Australien und Neuseeland. Vor allem von der EG erhofft sich Beijing eine noch intensivere Wirtschafts-kooperation.

Afrika sieht sich von China aufgefordert, seine Einheit zu stärken. Beijing begrüße die Vereinbarungen über die Unabhängigkeit Namibias, hoffe, daß der Friede in Angola und Mozambique

bald wiederhergestellt und daß die Sicherheit der Frontstaaten gewährleistet werden kann. Gleichzeitig verurteile es die südafrikanische Rassendiskriminierung.

Was die arabischen Länder anbelangt, so habe China 1988 mit Katar diplomatische Beziehungen aufnehmen und mit Saudi-Arabien ein bilaterales Memorandum über die Errichtung beiderseitiger Handelsvertretungen unterzeichnen können. Die Ausrufung des Palästinenserstaates und eine Reihe von flexiblen Schritten der PLO trage zum Friedensprozeß im Nahen Osten bei. China hoffe ferner, daß der Waffenstillstand zwischen Iran und Irak erhalten bleibe und daß Verhandlungen zu einem dauerhaften Frieden zwischen beiden Nachbarn eingeleitet werden.

In Lateinamerika arbeite die Volksrepublik vor allem mit Argentinien und Brasilien intensiv zusammen und habe 1988 mehrere Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnen können.

Lob auch für die Blockfreienbewegung sowie für die Friedensarbeit der UNO. Als Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats habe China im vergangenen Jahr vor allem auf die Beilegung regionaler Konflikte hingearbeitet und setze sich für eine Universalisierung der Fünf Koexistenz-Prinzipien ein.

Der Friede sei 1988 zwar konsolidiert worden, doch gebe es überall in der Dritten Welt noch Entwicklungsdefizite. Alarmierend vor allem die Schuldenlast der Dritten Welt - und der zunehmende Protektionismus der entwickelten Länder. China trete nach wie vor für eine Beseitigung des Nord-Süd-Gefälles und für eine Beseitigung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung ein. Süd-Süd- und Nord-Süd-Zusammenarbeit bildeten eine untrennbare Einheit. Die Neue Weltwirtschaftsordnung müsse durch einen weltweiten Dialog gefördert werden.

China selbst halte weiter an seiner Außenpolitik der Unabhängigkeit, der Selbständigkeit und des Friedens fest (BRU 1989, Nr.15, Beilage S.XXVII-XXXII). -we-

***(3)
Zhou Enlais Diplomatie als Vorbild für eine moderne chinesische Außenpolitik**

Aus Anlaß des 91.Geburtstags des i.J. 1976 verstorbenen früheren Ministerpräsidenten und ersten Außenministers der Volksrepublik, Zhou Enlai,

veranstaltete das chinesische Außenministerium am 2. und 3. März 1989 in Beijing ein Symposium, das unter dem Titel "Die diplomatische Theorie und Praxis Zhou Enlais" stand. Hauptredner war Außenminister Qian Qichen, der Zhou Enlai den "Gründer der neuen chinesischen Diplomatie" nannte, der als erster Außenminister Chinas wichtige Theorien eingeführt habe.

Folgende Grundzüge seiner Diplomatie ließen sich besonders hervorheben (XNA, 3.3.89):

- Nationale Unabhängigkeit als Grundlage der chinesischen Außenpolitik;

- Erhaltung des Friedens und Kampf gegen den Krieg;

- Einführung der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" (Souveränität und territoriale Integrität, Nichtangriff, Nichteinmischung, gegenseitiger Respekt und friedliches Zusammenleben); sie wurden von Zhou zum erstenmal im Dezember 1953 verkündet, als China gerade mit Indien über Tibet verhandelte. Die Fünf Prinzipien gingen 1954 in Verträge mit Indien und Birma ein und wurden bei der Asia-tisch-Afrikanischen Gipfelkonferenz von Bandung i.J. 1955 zu Hauptbestandteilen der damals verkündeten "Zehn Prinzipien". Im Geiste der Fünf Prinzipien wurden auch die Grenzfragen mit fünf Nachbarstaaten geregelt. 1956 - im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen und Ungarn - ging Zhou Enlai noch einen Schritt weiter und empfahl, die Fünf Prinzipien als Richtlinien nicht nur für Länder mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen, sondern auch für Länder mit dem gleichen System gelten zu lassen. Die Sowjetunion allerdings wollte sich auf diesen Vorschlag nicht einlassen, sondern forderte für die Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern nach wie vor Verhältnisse des "proletarischen Internationalismus", die, wie sich vor allem 1968 in Prag zeigte, interventionistisch mißbraucht werden können - man denke an die Breschnew-Doktrin. Gleichwohl sei Zhou Enlais Erbe lebendig geblieben, da die Fünf Prinzipien inzwischen zu einer allgemein gültigen Norm für die Aufnahme der Entwicklung von Beziehungen zwischen Ländern jeglichen Gesellschaftstyps geworden sind. Diese neue Universalität der Fünf Prinzipien habe Zhou Enlai nachträglich recht gegeben.

- Suche nach Gemeinsamkeiten statt nach Unterschieden und Konflikten war ein weiteres Prinzip der Diplomatie Zhous.

- Zhou verband in seiner Politik ferner die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit einer Politik der Unterstützung für den revolutionären Kampf der Völker. Diese Unterstützung habe Zhou allerdings hauptsächlich im moralischen Sinne gemeint - Unterstützung m.a.W. ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Internationalismus und Patriotismus sollten auf diese Weise miteinander verbunden werden. (Die asiatischen Nachbarn freilich hatten für diese als doppelzünftig empfundene Politik wenig Verständnis!)

- Auch die Gleichberechtigung großer und kleiner Staaten wurde von Zhou gefordert - ebenso wie eine Unterscheidung der Großmächte nach hegemonistischen oder nichthegemonistischen Gesichtspunkten. Sie seien nicht nach ihrer bloßen objektiven Macht, sondern nach ihrer Politik zu beurteilen, d.h. nach ihrem Willen, diese Macht gerecht zu gebrauchen oder aber sie zu mißbrauchen. -we-

*(4)

Nachlese zu Präsident Bushs China-besuch

Vom 25. bis 27. Februar 1989 hatte der neue amerikanische Präsident - und zwar nur einen Monat nach seiner Inauguration - als erstes Land die VR China besucht, in der er 15 Jahre früher den Posten des Vorsitzenden im US Liaison Office bekleidet hatte, das bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Beijing als diplomatisches Relais zwischen beiden Ländern gedient hatte und dann 1979 durch die Botschaft abgelöst wurde.

Der Besuch war von vornherein als "Arbeitsvisite" angesetzt worden: kein roter Teppich, keine öffentlichen Reden und keine Besichtigungstouren; statt dessen intensive Diskussionen mit den führenden chinesischen Politikern (XNA, 24.2.89.).

Die Visite - der fünfte Chinabesuch Bushs - war eingepackt in eine Asienreise, die vom 22. bis 27. Februar dauerte und in deren Verlauf Bush zuerst an der Beerdigung für den verstorbenen japanischen Kaiser Hirohito teil-

nahm, während sich am 27. noch ein 5-Stunden-Besuch in Seoul (Südkorea) anschloß (XNA, 25.2.89).

Der Besuch erhielt auch dadurch Bedeutung, daß er 2 1/2 Monate vor dem Gipfeltreffen Deng Xiaopings mit dem sowjetischen Partei- und Staatschef Gorbatschow stattfand.

Bushs 40-Stunden-Aufenthalt war mit Terminen angefüllt: Am 25.2. traf er in Beijing ein. Kurz nach seiner Ankunft nahm das Präsidentenpaar bei einem unangekündigten Zwischenstopp vor dem Tor des Himmlischen Friedens ein "Bad in der Menge" (XNA, 26.2.89). Am 26. hatte Bush zuerst formelle Gespräche mit Ministerpräsident Li Peng und daran anschließend mit Deng Xiaoping. Am Nachmittag traf er sich mit KP-Generalsekretär Zhao Ziyang und gab am Spätnachmittag dem Zentralen Fernsehen ein Interview. Am Abend gab er ein Bankett für mehrere Hundert chinesische Beamte und alte Freunde, die er noch aus seiner Zeit als Repräsentant des US Liaison Office kannte, und am Sonntagmorgen (27.2.) nahm er an einem Gottesdienst in der Chongwenmen-Kirche teil und traf anschließend Mitglieder des Internationalen Clubs (XNA, 26.2.89).

Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Seiten waren am 1. Januar 1979 aufgenommen worden. Nach Hongkong und Japan sind die USA der wichtigste Handelspartner Chinas. Ferner dient Amerika rd. 10.000 Chinesen als Studienaufenthaltort, spielt als Technologielieferant eine Schlüsselrolle und hat auch im Bereich der Volksdiplomatie zahlreiche Meriten: neben Zehntausenden von amerikanischen Touristen, die jährlich nach China kommen, gibt es inzwischen 63 Provinz- und Städtepartnerschaften. Technologisch hat China sich als gelehriger Schüler erwiesen: inzwischen wurden mehrere Memoranden über die Entsendung amerikanischer Satelliten durch chinesische Raketen unterzeichnet (XNA, 23.12.88).

Deng Xiaoping betonte seinem Gast gegenüber die "Unabhängigkeit" der chinesischen Außenpolitik: China spiele weder andere Länder als Karten aus noch lasse es sich selbst als Karte benutzen (XNA, 26.2.89).

Zwischen beiden Seiten gibt es eine Reihe von Problemen, die allerdings beim Besuch Bushs unter den Teppich

gekehrt wurden. Besonders klar stellen sich diese Fragen bei einem Rückblick auf das Jahr 1987 heraus (dazu C.a., März 1988, Ü 3), in dessen Verlauf sich sechs Streitfälle abzeichneten, nämlich (1) die Taiwan-Frage: U.a. behandelte der US-Kongreß damals eine Gesetzesvorlage, die der "Unabhängigkeit" Taiwans dienen sollte. Ganz ist die Taiwan-Frage auch heute noch nicht vom Tisch. (2) Die kritische Stellungnahme des US-Kongresses zur Familienplanungspolitik Chinas: Die USA hatten damals erklärt, ihre Zuschüsse an den UNFPA (UN Fund for Population Activities) zu streichen, da sie die chinesische Abtreibungspolitik nicht fördern wollten. (3) Die Tibet-Frage: Im Mai 1987 war der Dalai Lama eingeladen worden, eine Rede im US-Kongreß zu halten. (4) Auch die Lieferung chinesischer "Seidenraupen"-Raketen an den Iran hatte den amerikanischen Unwillen hervorgerufen. Als Folge davon limitierten die USA (5) den Technologietransfer an die Volksrepublik - ein Akt, der von Beijing als "politische Erpressung" bezeichnet wurde. Schließlich beklagte die chinesische Regierung (6), daß sich der US-Kongreß dauernd in innerchinesische Angelegenheiten einmische und sich z.B. in unangemessener Weise mit der chinesischen Politik gegen die "bürgerliche Liberalisierung" auseinandersetze.

Ein weiterer Punkt ist auch heute noch (7) die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Südkorea. Als Bush im Anschluß an seine Chinareise fünf Stunden lang in Seoul Zwischenstation machte, versicherte er seinen dortigen Bündnispartnern, daß keine amerikanischen Pläne zur Reduzierung der US-Streitkräfte in Südkorea bestünden (XNA, 28.2.89). Wie in CHINA aktuell schon mehrfach erwähnt, ist diese Stationierung amerikanischer Streitkräfte den Chinesen insgeheim aber durchaus willkommen, da sie die Lage auf der koreanischen Halbinsel stabilisieren hilft.

Die Reise-Restriktionen, die die US-Administration über Angestellte der chinesischen Botschaft bei den Vereinten Nationen verhängt hat (ein entsprechender chinesischer Protest erging am 9.März 1989 (XNA, 10.3.89), stellen (8) einen weiteren Konfliktpunkt dar.

All diese Fragen wurden bei Bushs Visite nicht an die Öffentlichkeit gebracht. Der gesamte Besuch stand un-

ter strahlend blauem Himmel. Nur ein winziges Wölkchen trübte den sonnigen Eindruck, nämlich die Tatsache, daß der von Bush zu einem Bankett eingeladene Bürgerrechtler Fang Lizhi von der Polizei am Erscheinen gehindert wurde. Dieser Punkt spielte in der amerikanischen Presseberichterstattung eine so wichtige Rolle (z.B. IHT, 28.2.89), daß das chinesische Außenministerium darüber am 27.Februar offiziell sein Bedauern aussprach. Man habe eine Nebenfrage tendenziös in den Mittelpunkt gerückt (XNA, 28.2.89).

Aus chinesischer Sicht wurde der Bush-Besuch in jeder Hinsicht positiv beurteilt. Zunächst einmal fühlte sich die Volksrepublik schon geschmeichelt, daß der amerikanische Präsident so kurz nach seiner Amtseinführung als erstes Land ausgerechnet die VR China besucht hatte. Auch die ungewöhnliche Aufmerksamkeit, die der Besuch in der Weltpresse fand, gab den Chinesen "großes Gesicht": Abgesehen von den 100 in Beijing akkreditierten amerikanischen Korrespondenten kamen zusammen mit Bush weitere 350 amerikanische Reporter. Weitere 70 flogen aus Drittländern wie Japan, Frankreich und der Bundesrepublik sowie aus Hongkong und Macau ein (XNA, 26.2.89).

Beijing faßte die Ergebnisse des Bush-Besuchs in vier Punkten zusammen: (1) Die beiderseitigen Beziehungen seien - auf der Grundlage der drei sino-amerikanischen Gemeinsamen Kommuniqués - weiterhin gefördert worden. (2) Bush habe Gelegenheit bekommen, mit eigenen Augen die Reformfortschritte in China zur Kenntnis zu nehmen. Durch diese Erfolge werde auch die amerikanisch-chinesische Zusammenarbeit erweitert. Ohnehin sei der bilaterale Handel i.J. 1988 auf über 10 Mrd. US\$ angestiegen - gegenüber nur rd. 1 Mrd. i.J. 1979. Die amerikanischen Investitionen beliefen sich inzwischen auf 600 Projekte mit einem Gesamtwert von 3,4 Mrd. US\$ - eine ermutigende Entwicklung, die fortgesetzt werden solle. (3) Beide Seiten seien sich außenpolitisch darin einig gewesen, daß die Weltlage z.Zt. eine signifikante Wandlung durchlaufe - von der Konfrontation zum Dialog und von der Spannung zur Entspannung. Die Normalisierung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen beeinträchtige nicht im geringsten die guten Beziehungen zwischen China und den USA. (4) Auch in der Kambodscha-

Frage hätten beide Seiten Einigkeit erzielt. U.a. war Bush in Beijing 20 Minuten lang mit Sihanouk zusammengetroffen und hatte dem Prinzen amerikanische Unterstützung für eine künftige, von ihm geleitete Regierung zugesagt (XNA, 28.2.89).

Im Gegensatz zur optimistischen Einschätzung der chinesischen Seite äußerte sich die internationale Presse eher zurückhaltend. Stellvertretend hier die Schlagzeile der Straits Times vom 8.März 1989: "A Good Show but Little Achieved". -we-

*(5)

Ein weiterer Schritt zur Normalisierung der chinesisch-indonesischen Beziehungen

Am Rande der Beerdigungsfeierlichkeiten für den japanischen Kaiser Hirohito war am 23.Februar 1989 der chinesische Außenminister Qian Qichen mit Indonesiens Staatspräsident Suharto zusammengetroffen - ein Ereignis, das Überraschung und Erstaunen auslöste, zumal das Diskussionsergebnis alle Erwartungen übertraf. Beide Seiten kamen darin überein, den Prozeß der Renormalisierung der bilateralen Beziehungen, die 1967 offiziell abgebrochen worden waren, einzuleiten. Nach den blutigen September-Zwischenfällen von 1965, die aus der Sicht der heutigen indonesischen Regierung von China mitverursacht worden waren, hatte es schwere beiderseitige Vorwürfe gegeben, in deren Verlauf Jakarta dann (1967) seine diplomatischen Beziehungen zu Beijing abbrach.

Seit Jahren hatte Indonesien darauf hingewiesen, daß es die offiziellen Beziehungen zu China erst dann wieder aufnehmen werde, wenn Beijing das feierliche Versprechen abgebe, der KP Indonesien keine Unterstützung mehr zu gewähren. Bekanntlich befinden sich immer noch Mitglieder der einstigen KPI in chinesischem Asyl.

Beijing andererseits hielt den Indonesiern immer wieder die ausgestreckte Hand entgegen.

Indonesien verhielt sich in dieser Situation halbherzig und unschlüssig.

- 1985 bereits hatte der damalige Außenminister Wu Xueqian an den Feierlichkeiten zum 30.Jahrestag der Bandung-Konferenz in Indonesien teilge-

nommen und in diesem Zusammenhang auch Gespräche mit seinem Amtskollegen geführt.

- Ferner besuchte Vizeaußenminister Liu Shuqing im April 1988 Jakarta im Zusammenhang mit einer UNO-Konferenz auf indonesischem Boden.

- Schließlich kam es im Oktober 1988 zu einem Gespräch zwischen Qian Qichen und dem indonesischen Außenminister Alatas am Rande der UNO-Vollversammlung in New York.

Die chinesischen Vertreter wurden beide Male zwar nicht offiziell empfangen, hatten aber gleichwohl Gesprächskontakte; u.a. kam es zu einem kurzen Gedankenaustausch zwischen Wu Xueqian und Präsident Suharto. Hierbei versicherten die chinesischen Vertreter immer wieder, daß China sich auf keinen Fall mehr in innerindonesische Angelegenheiten einmischen wolle. Offensichtlich hatte dieses Erklärungsverhalten seinen Eindruck auf die indonesischen Gesprächspartner nicht verfehlt.

- Außerdem gibt es seit 1985 direkte Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten, nachdem die Warenströme vorher hauptsächlich via Hongkong gelaufen waren. 1985 unterzeichneten die indonesische Kammer für Handel und Industrie ("Kadin") und der China Council for the Promotion of International Trade ein bilaterales Handelsabkommen in Singapur. Die Kadin-Repräsentanten gehen inzwischen davon aus, daß mit der Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen sich auch der Handelsaustausch vergrößern könne. Indonesien, das eine schwere Schuldenlast trägt, sieht in China einen potentiellen Abnehmer vor allem von Sperrholz und Latex. Bisher ist die indonesische Rechnung allerdings nicht aufgegangen, da im Verhältnis mit China dauernd ein Defizit zu beklagen war. In den ersten acht Monaten d.J. 1988 jedoch zeigte sich erstmals ein leichter Überschuß zugunsten Jakartas: Indonesien hatte in diesem Zeitraum Güter für 350 Mio. US\$ an China, dieses dagegen nur Waren für 270 Mio. an Indonesien geliefert (XNA, 23. und 24.2.89).

Die indonesische Seite beeilte sich nach dem Treffen vom 23. Februar, darauf hinzuweisen, daß es noch einige Zeit dauern werde, ehe auch wirklich diplomatische Beziehungen aufgenommen würden. China solle endlich

klar aussprechen, daß die Aktivitäten seiner KP nicht von der Politik der Regierung abweichen dürften (Radio Jakarta in SWB, 25.2.89).

In einem Interview vom 26.2.1989 wies der indonesische Außenminister Ali Alatas darauf hin, daß das Treffen zwischen Qian und Suharto eine neue Qualität in das bilaterale Verhältnis gebracht habe. Angeblich hat Qian bei dem Gespräch auf die Einsicht Beijings hingewiesen, daß es nicht die Überreste der KPI unterstützen dürfe (Radio Jakarta in MD Asien, 7.3.89, S.5 f.).

Um zu einer offiziellen Vereinbarung zu kommen, müßten noch weitere Gespräche geführt werden, sei es nun über das Ständige Vertreterbüro Indonesiens bei den Vereinten Nationen in New York oder aber auf der Ebene der Außenminister. Indonesien müsse eine Normalisierung der Beziehungen mit China ins Auge fassen, da die Volksrepublik ein großes Land mit der größten Bevölkerung der Welt in der gleichen asiatischen Region sei, und da sich diese Region in schnellem Umbruch befinde. Man könne auf längere Sicht nicht so tun, als gäbe es diese Volksrepublik nicht. Darüber hinaus müsse Indonesien, wenn es über die Vorgänge in China wirklich umfassend informiert sein wolle, eine Vertretung direkt vor Ort haben. Informationen ließen sich nie durch Auswertung von Medien anderer Länder in genügendem Ausmaße beschaffen. -we-

Innenpolitik

* (6)

Schwere Unruhen in Tibet: Verhängung des Kriegsrechts

30 Jahre nach dem erfolglosen tibetischen Volksaufstand gegen die chinesische Oberherrschaft ist es in Lhasa, der Hauptstadt des Autonomen Gebiets Tibet, vom 5. bis 7. März erneut zu schweren Auseinandersetzungen zwischen tibetischen Nationalisten und chinesischen Sicherheitskräften gekommen. Nach chinesischen Angaben wurden dabei ein Polizist getötet und 42 weitere chinesische Ordnungshüter verletzt. Auf der tibetischen Seite starben nach chinesischen Angaben 11 Menschen und über 66 weitere wurden

verletzt. 305 Tibeter wurden festgenommen, nach anderen chinesischen Angaben sollen es jedoch nur 58 sein. Chinesischen Angaben zufolge sollen sich seit September 1987 21 gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen tibetischen "Separatisten" und chinesischen Ordnungskräften ereignet haben.

Ausländer, die nach der Verhängung des Ausnahmezustands aus Lhasa ausgewiesen wurden, berichteten von exzessivem Schußwaffengebrauch der chinesischen Sicherheitskräfte. Ihre Angaben über die Zahl der getöteten Tibeter schwankten zwischen 30 und 800 (sic!) (SZ, 10.3.89). Ihren übereinstimmenden Angaben zufolge wurden mehrere hundert Tibeter verletzt.

Wegen des Ausmaßes der Unruhen und weil offenbar weitere Demonstrationen für die Unabhängigkeit Tibets befürchtet wurden, wurde in der Nacht vom 7. auf den 8. März 1989 über Lhasa der Ausnahmezustand verhängt, der auch Ende März noch nicht aufgehoben war. Ministerpräsident Li Peng erklärte in seinem Regierungsbericht am 20. März, daß die öffentliche Ordnung in Lhasa allmählich wiederhergestellt werde und sich das Leben der Bevölkerung zu normalisieren beginne. China werde mit dem Dalai Lama verhandeln, wenn dieser seinen Standpunkt von der "Unabhängigkeit Tibets" aufgebe und seine separatistischen Aktivitäten beende. -sch-

* (7)

1988: Hunderte von Demonstrationen und Unterschriftenaktionen

1988 hat es in China Hunderte von Demonstrationen und Unterschriftenaktionen gegeben. Dies teilte der Minister für öffentliche Sicherheit, Wang Fang, am 23. März 1989 bei einem Zusammentreffen mit NVK-Abgeordneten aus der Provinz Guizhou mit. In den Städten seien die Demonstrationen Ausdruck der Unzufriedenheit über die steigenden [Konsumgüter-]Preise gewesen, während sich auf dem Land die Protestaktionen gegen die hohen Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel [vor allem Dünger] und gegen die Korruption der Funktionäre gerichtet hätten. (Xinhua, engl., 23.3.89, nach: SWB, 28.3.89) -sch-